

Ergänzungsleistungen zur AHV/IV

**Darstellung, Charakterisierung
und Wirkungsweise**

von

**Dr. iur. Erwin Carigiet
lic. iur. Uwe Koch**

2., überarbeitete und ergänzte Auflage

Schulthess § 2009

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	VII
Literaturverzeichnis	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXIX

Einleitung	1
-------------------	----------

1. Abschnitt Sozialpolitische Auslegeordnung und Würdigung der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	3
---	----------

§ 1 Soziale Sicherheit – eine zivilisatorische Errungenschaft und ein wirtschaftliches Erfolgsmodell	5
--	---

§ 2 Ergänzungsleistungen zur AHV/IV – Pensionskasse der kleinen Leute	8
---	---

§ 3 Ergänzungsleistungen zur AHV – Pflegeversicherung der Schweiz	12
---	----

§ 4 Vorsorgefähigkeit und strukturelle gesellschaftliche Probleme als Ausgangspunkte der sozialpolitischen Lagebeurteilung	13
--	----

§ 5 Soziale Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich als sozialpolitische Massstäbe	20
---	----

§ 6 Ergänzungsleistungen zur AHV/IV – ein Erfolgsmodell der Grundsicherung	23
--	----

§ 7 Garantiertes Grundeinkommen als Denkmodell	29
--	----

2. Abschnitt Grundlagen der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	37
--	-----------

§ 1 Verfassungsrechtliche Ausgangslage	39
--	----

§ 2 Bedeutung	41
---------------	----

§ 3 Übersicht über die Ergänzungsleistungen	42
---	----

A. Gesetzeswerk	42
-----------------	----

B. Finanzierung	43
-----------------	----

C. Bestandteile der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	45
---	----

D. Weitere Arten von Zusatzleistungen zur AHV/IV	45
--	----

3. Abschnitt	Organisation und Verfahren	47
§ 1	Organisation	49
	A. Durchführungskompetenz der Kantone	49
	B. Aufsicht des Bundes	50
§ 2	Allgemeine Prinzipien und Begriffe des Verfahrensrechts	51
	A. Anwendbares Recht	51
	B. Untersuchungsprinzip	52
	I. Das Prinzip	52
	II. Beweisgrad	53
	III. Grundsatz der freien Beweiswürdigung	53
	C. Beratungspflicht der Versicherungsträger	54
	D. Mitwirkungspflichten	56
	I. Mitwirkungspflicht der Parteien	56
	II. Mitwirkungspflicht von Dritten	57
	III. Folgen der Verletzung von Mitwirkungs- pflichten	57
	1. Nichteintreten	57
	2. Entscheid nach pflichtgemäßem Ermessen	58
	3. Sperre und Einstellung der Leistung	58
	E. Auskunfts- und Schweigepflicht	58
	I. Auskunftspflicht der Verwaltungs- und Rechtspflegebehörden	58
	II. Schweigepflicht	59
	F. Rechtliches Gehör	60
	G. Akteneinsichtsrecht	61
	H. Treu und Glauben	62
	I. Verfügung	62
	I. Grundsatz	62
	II. Eröffnung der Verfügung	63
	III. Form der Verfügung	63
	IV. Zustellung	65
	V. Geltungsdauer einer Verfügung	66
	VI. Rechtskraft	67
	VII. Vollzug	67
	1. Zusprechende Verfügungen	67
	2. Ablehnende, einschränkende und verpflichtende Verfügungen	68
	J. Wiedererwägung und Revision	68
	I. Prozessuale Revision	68
	II. Wiedererwägung	68

III.	Rücknahme	69
K.	Einspracheverfahren	70
L.	Beschwerdeverfahren	73
I.	Vor dem kantonalen Versicherungsgericht	73
II.	Vor dem Bundesgericht	74
M.	Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung	74
N.	Aufsichtsbeschwerde	75
O.	Strafrechtliche Konsequenzen	76
§ 3	Das Verwaltungsverfahren vor den EL-Stellen	77
A.	Zuständigkeit	77
I.	Einleitung	77
II.	Zuständigkeit bei Aufenthalt in einer Wohnung bzw. in einem Haus	78
1.	Anknüpfung an den zivilrechtlichen Wohnsitz	78
2.	Wohnsitz minderjähriger Kinder	78
3.	Wohnsitz bevormundeter Personen	79
III.	Zuständigkeit bei Aufenthalt in einem Spital, Heim oder einer Anstalt	79
IV.	Verfahren in strittigen Fällen	80
B.	Geltendmachung des Leistungsanspruchs	81
I.	Gesuchstellung	81
II.	Prüfung der Gesuche	84
C.	Auszahlung der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	84
D.	Sicherung der Leistungen	86
E.	Gewährleistung zweckgemässer Verwendung	86
I.	Zulässigkeit der Auszahlung von Ergänzungsleistungen an Dritte	86
II.	Sonderfall der Direktanweisung von Sozialversicherungsbeiträgen und Krankenversicherungsprämien	88
F.	Beginn des Anspruchs	89
I.	Grundsatz	89
II.	Nachzahlungen	89
1.	Bei Heimeintritt	89
2.	Früherer Beginn oder rückwirkende Änderung der Rentenberechtigung	90
3.	Nachzahlung an bevorschussende Sozialhilfestellen	91

4.	Nachzahlung bei Ableben der EL-berechtigten Person	91
5.	Krankheitskosten	91
G.	Ende des Anspruchs	91
H.	Anpassung der Leistungsansprüche an veränderte Verhältnisse	92
I.	Grundsatz	92
II.	Voraussetzungen für eine Anpassung	92
III.	Zeitpunkt einer Anpassung	93
1.	Änderung der Personengemeinschaft und der AHV/IV-Rente	93
2.	Erhöhung des Ausgabenüberschusses	93
3.	Verminderung des Ausgabenüberschusses	94
4.	Anpassung der EL im Rahmen einer periodischen Überprüfung	94
5.	Herabsetzung der EL infolge Anrechnung eines Mindesteinkommens nach Art. 14a Abs. 2 und 14b ELV	94
I.	Meldepflicht	95
I.	Grundsatz	95
II.	Folgen einer Verletzung der Meldepflicht	96
J.	Überprüfung der wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse	96
§ 4	Rückerstattung unrechtmässig bezogener Leistungen	97
A.	Einleitung	97
B.	Rückerstattungspflichtige Personen	98
C.	Ermittlung der Höhe der Rückerstattungsforderung	99
D.	Erlöschen des Rückforderungsanspruchs	100
I.	Relative Verwirkungsfrist von einem Jahr	100
II.	Absolute Verwirkungsfrist von 5 Jahren	101
III.	Verwirkungsfrist bei strafbarer Handlung	101
IV.	Vollstreckungsfrist	102
E.	Erlass der Rückerstattungsforderung	102
I.	Grundsatz	102
II.	Erlassgesuch	103
III.	Guter Glaube	104
IV.	Grosse Härte	105
V.	Die Rückforderung wegen eines Fehlers der EL-Stelle	106
VI.	Die Rückforderung wegen einer rückwirkend ausgerichteten Rentenerhöhung	107

	VII. Gänzlicher oder teilweiser Erlass der Rückerstattung	108
	VIII. Abschreibung uneinbringlicher Rück- erstattungen	108
	F. Rückerstattung durch Verrechnung	109
4. Abschnitt	Anspruchsvoraussetzungen	111
§ 1	Einführung	113
§ 2	Anspruch auf Leistungen der AHV oder IV	113
	A. Übersicht	113
	B. Eigener Anspruch auf eine Rente der AHV oder IV	114
	C. EL-Bezug ohne Anspruch auf Ausrichtung einer AHV/IV-Rente	115
	D. Anspruch auf Taggelder der IV	117
	E. Anspruch auf Hilflosenentschädigung der IV	117
§ 3	Wohnsitz und gewöhnlicher Aufenthalt in der Schweiz	118
§ 4	Karenzfristen	119
	A. Übersicht	119
	B. Personen mit Bürgerrecht der Schweiz oder eines EU-/EFTA-Staates	119
	C. Ausländische Staatsangehörige eines Nicht- EU/EFTA-Staates	120
	D. Plafonierte Ergänzungsleistung	122
§ 5	Wirtschaftliche Voraussetzungen	122
5. Abschnitt	Die jährlichen Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	123
§ 1	Berechnung der jährlichen Ergänzungsleistungen	125
	A. Übersicht	125
	B. Anspruchsermittlung von Personengemein- schaften und von Kindern	126
	I. Grundlagen	126
	II. Ehegatten ohne Kinder	126
	1. Gemeinsame Berechnung	126
	2. Getrennte Berechnung	127
	3. Gesonderte Berechnung bei Heim- aufenthalt	128
	III. Kind mit AHV/IV-Kinderrente wohnt bei rentenberechtigten Eltern	128

IV.	Kind mit AHV/IV-Kinderrente wohnt nicht bei den rentenberechtigten Eltern	129
1.	Zuständigkeit	129
2.	Gesuchstellung	130
3.	Akzessorietät des Leistungsanspruchs	131
4.	Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf	132
5.	Anrechnung von Unterhaltsleistungen des getrennt lebenden Elternteils	132
C.	Anspruchsermittlung von Waisen	132
§ 2	Höhe der jährlichen Ergänzungsleistungen	133
§ 3	Anerkannte Ausgaben	133
A.	Grundsätzliches	133
B.	Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf	134
I.	Höhe des allgemeinen Lebensbedarfs	134
II.	Lebensbedarf für Alleinstehende	135
III.	Lebensbedarf für Ehepaare	135
IV.	Lebensbedarf für Waisen und Kinder	135
V.	Übersicht Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf	136
C.	Mietzinsabzug	136
I.	Höhe des maximalen Mietzinsabzugs	136
II.	Nebenkosten	137
III.	Berücksichtigung nur einer Wohnung	138
IV.	Wohnung wird von mehreren Personen bewohnt	138
V.	Mietzinsabzug bei Heimaufenthalt	139
VI.	Selbstbewohnte Liegenschaften und Wohnungen	139
D.	Gewinnungskosten	140
E.	Sozialversicherungsbeiträge	142
F.	Krankenversicherungsprämien	142
G.	Familienrechtliche Unterhaltsbeiträge	143
I.	Grundlagen	143
II.	Verwandtenunterstützungen	143
III.	Voraussetzung der geschuldeten Unterhaltszahlung	144
VI	Überprüfung der Höhe der Unterhaltszahlungen bei Ehegatten	144
V.	Unterhaltsleistungen für Kinder	146
VI.	Voraussetzung der geleisteten Unterhaltszahlungen	147

H.	Gebäudeunterhaltskosten und Hypothekarzinsen	147
I.	Ausgaben bei Heimaufenthalt	147
§ 4	Anrechenbare Einnahmen	148
A.	Grundsatz	148
B.	Erwerbseinkommen	148
I.	Grundlagen	148
II.	Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit	149
III.	Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit	150
C.	Verzicht auf Erwerbseinkommen	151
I.	Grundlagen	151
II.	Verzicht auf Erwerbseinkommen von Teilinvaliden	152
1.	Höhe des anzurechnenden Erwerbseinkommens	152
2.	Ausnahmen von der Anrechnung eines hypothetischen Erwerbseinkommens	153
3.	Widerlegung der Vermutung des Art. 14a ELV im Besonderen	154
4.	Verfahren	155
5.	Würdigung	155
III.	Verzicht auf Erwerbseinkommen von Witwen	156
1.	Höhe des anzurechnenden Erwerbseinkommens	156
2.	Würdigung	157
IV.	Verzicht auf Erwerbseinkommen des nichtinvaliden Ehegatten	157
1.	Grundlagen	157
2.	Kriterien zur Anrechnung eines hypothetischen Erwerbseinkommens	158
3.	Höhe des anzurechnenden hypothetischen Erwerbseinkommens	159
4.	Verfahren	159
D.	Anrechnung von Vermögenswerten	160
I.	Einleitung	160
II.	Allgemeiner Vermögensfreibetrag	160
III.	Vermögensfreibetrag bei selbst bewohnten Liegenschaften	161
IV.	Vermögensverzehr	161
		XV

V.	Vermögensbewertung	162
	1. Grundsatz	162
	2. Ausnahme von der Anrechnung von Vermögenswerten	163
	3. Leibrentenversicherungen	164
	4. Unverteilte Erbschaften	165
	5. Schulden	166
VI.	Zeitlich massgebendes Vermögen	166
VII.	Vermögensertrag	167
E.	Liegenschaften und Grundstücke im Besonderen	167
	I. Übersicht	167
	II. Selbst bewohnte Liegenschaften	168
	1. Vermögensanrechnung	168
	2. Stockwerkeigentum und Erneuerungsfonds	169
	3. Anrechenbare Einnahmen	170
	4. Anerkannte Ausgaben	170
	III. Nicht selbst bewohnte Liegenschaften	171
	1. Vermögensanrechnung	171
	2. Anrechenbare Einnahmen	172
	3. Anerkannte Ausgaben	172
	IV. Zusammenfassung	172
F.	Verzicht auf Vermögen	173
	I. Grundlagen	173
	II. Beweislast und Beweisgrad	174
	III. Fallbeispiele aus der Verwaltungs- und Gerichtspraxis	174
	IV. Zeitpunkt der Verzichtshandlung	176
	V. Anrechnung und Amortisation	176
	VI. Spezialfall des Verzichts auf Liegenschaftsbesitz	176
	VII. Ertrag aus dem Vermögen, auf das verzichtet wurde	177
	VIII. Würdigung	177
G.	Voll anrechenbare Einnahmen	179
	I. Grundsatz	179
	II. Renten und andere wiederkehrende Leistungen	179
	III. Leistungen aus Verpfändungsvertrag	181
	IV. Familienzulagen	181
	V. Familienrechtliche Unterhaltsbeiträge	181

1.	Übersicht	181
2.	Unterhaltsleistungen für Ehegatten	182
3.	Unterhaltsleistungen für Kinder	182
4.	Alimentenbevorschussungen	182
5.	Verzicht auf familienrechtliche Unterhaltsbeiträge im Besonderen	183
VI.	Verzicht auf Einkünfte	184
VII.	Naturaleinkünfte	184
H.	Zeitlich massgebliches Einkommen	185
I.	Nicht anrechenbare Einnahmen	185
I.	Übersicht	185
II.	Verwandtenunterstützung	185
III.	Sozialhilfeleistungen	186
IV.	Öffentliche und private Leistungen mit ausgesprochenem Fürsorgecharakter	186
V.	Hilflosenentschädigungen der Sozialversicherungen	187
VI.	Stipendien und andere Ausbildungsbeihilfen	187
§ 5	Besonderheiten der Anspruchsermittlung bei dauerndem Heimaufenthalt	187
A.	Einleitung	187
B.	Grundlagen	188
I.	Der Begriff Heim	188
II.	Spital	189
III.	Dauernder Aufenthalt	189
IV.	Zuständigkeit	190
V.	Anspruchsbeginn	190
C.	Anspruchsermittlung	190
I.	Grundsatz	190
II.	Gesonderte Anspruchsermittlung bei Ehepaaren	191
III.	Anerkannte Ausgaben	192
1.	Heimkosten	192
2.	Heimtaxbegrenzung	192
3.	Betrag für persönliche Auslagen	193
IV.	Anrechenbare Einnahmen	193
1.	Vermögen	193
2.	Hilflosenentschädigung	194
3.	Krankenkassenleistungen	194
V.	Einreichungsfrist	194
VI.	Leistungen an Ordensangehörige	195

6. Abschnitt	Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten	197
§ 1	Übersicht	199
§ 2	Grundsätze für die Kostenvergütung	200
	A. Voraussetzungen	200
	I. Anspruch auf jährliche EL	200
	II. Der EL-berechtigten Person entstandene Kosten	200
	III. Einreichungsfrist	201
	IV. In der Schweiz entstandene Kosten	201
	B. Art und Umfang der Vergütung	201
	I. Grundsatz	201
	II. Auszahlung	202
	III. Höchstbetrag der Vergütung	203
	1. Der allgemeine Höchstbetrag	203
	2. Die Erweiterung des Höchstbetrages bei mittlerer oder schwerer Hilflosigkeit	204
	IV. Vergütung bei Wechsel des Wohnsitzkantons	205
	V. Vergütung bei Einnahmenüberschuss	205
	VI. Vergütungsanspruch nach dem Tode einer versicherten Person	206
§ 3	Die vergütbaren Kostenarten	206
	A. Einleitung	206
	B. Die Kostenbeteiligungen	207
	C. Zahnbehandlungskosten	208
	I. Grundlagen	208
	II. Der Begriff Zahnbehandlungskosten	209
	III. Die Begriffe «einfach, wirtschaftlich und zweckmässig»	209
	IV. Vergütung nach dem UV/MV/IV-Tarif	210
	V. Der Kostenvoranschlag	211
	VI. Die Austauschbefugnis bei den Ergänzungsleistungen	213
	VII. Rechtsfolgen eines genehmigten Kostenvorschlags	214
	D. Pflege und Betreuung zu Hause	214
	1. Übersicht	214
	2. Pflege durch öffentliche, gemeinnützige oder private Spitex-Organisationen	215
	3. Pflege durch eine arbeitsvertraglich angestellte Pflegekraft	216
	4. Pflege durch Familienangehörige	217

E.	Kosten für Hilfe zu Hause	218
F.	Kosten für Hilfe, Pflege und Betreuung von Behinderten in Tagesstrukturen	219
G.	Ärztlich angeordnete Bade- und Erholungskuren	220
H.	Diätkosten	221
I.	Transportkosten	221
J.	Hilfsmittel und Hilfsgeräte	222
Anhänge		225
Anhang I	Berechnungsbeispiel plafonierte Ergänzungsleistung Alleinstehender IV-Rentner aus der Türkei in Mietwohnung, seit 7 Jahren in der Schweiz wohnhaft	227
Anhang II	Berechnungsbeispiel alleinstehende AHV-Rentnerin in Mietwohnung	228
Anhang III	Berechnungsbeispiel AHV-Rentner wohnhaft in seiner Eigentumswohnung Anerkannte Ausgaben und anrechenbare Einnahmen	229
Anhang IV	Berechnungsbeispiel Ehepaar mit AHV-Rente, ein Ehegatte lebt in Wohnung, ein Ehegatte lebt im Heim	230
Anhang V	Geschichtliche Entwicklung der 1. Säule	231
Sachregister		251